

Mitgliederinformation

13.10.2022

Einkommensrunde 2023 Bund und Kommunen

Tarifforderung beschlossen!

Am 11. Oktober 2022 hat die Bundestarifkommission des dbb gemeinsam mit dem Bundesvorstand und der Beamtenkommission die Forderungen zur Einkommensrunde 2023 für die öffentliche Verwaltung von Bund und Kommunen beraten und beschlossen.

Die Kernforderungen des dbb

- Erhöhung der Tabellenentgelte um 10,5 Prozent, mindestens 500 Euro (Laufzeit 12 Monate)
- Erhöhung der Ausbildungs- und Praktikantenentgelte um 200 Euro

Eine weitere Forderung für die Auszubildenden ist die verbindliche Zusage zur Übernahme der Azubis. Eine Erwartungshaltung bezieht sich auf die Verlängerung des Tarifvertrags zur flexiblen Arbeitszeitregelung für ältere Beschäftigte, TV Flex AZ.

Die Termine für die drei geplanten Verhandlungsrunden sind: 24. Januar, 22. und 23. Februar sowie 27. bis 30. März 2023.

Der BTB-Bundessvorsitzende Jan Seidel und Michael Brendle zu den Forderungen

Grundsätzlich eine angemessene Forderung: Da aktuell nicht abzusehen ist, wann die Covid-19-Pandemie endgültig weltweit und die Energiekrise durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine enden, kann gegenwärtig nicht bestimmt werden, wann wieder mit ungestörten, leistungsfähigen und verlässlichen Lieferketten gerechnet werden kann, die der aktuellen Angebotsinflation am stärksten entgegenwirken.

Insofern ist im Rahmen der Tarifauseinandersetzung auf eine starke Begrenzung der Laufzeit mit einem Inflationsausgleich der Schwerpunkt zu setzen. Klar ist allerdings, dass der Öffentliche Dienst in absehbarer Zeit auf Grund der Krisensituationen nicht attraktiver wird, selbst wenn die Forderungen des dbb 1 zu 1 durchkämen.

Insofern müssen die Forderungen zum Fachkräftemangel parallel, losgelöst von der Tarifauseinandersetzung, positioniert werden.